

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichort, Marienau u. Mülsen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 293

41. Jahrgang.
Sonntag, den 19. Dezember

1891.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postböden, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die viergespaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Auktion.

Die zum Konkurs des Handelsmanns **Ferdinand Richter** in **Gallberg** gehörigen **Warenvorräte**, als: **Herren-, Jungen- und Kinder-Kleidungsstücke, Schuhwaren, sowie baumwollne Hemden, Strümpfe, Unterhosen, Mützen, Güte und Schlipse** sollen
Montag und Dienstag, den 21. und 22. Dez. d. J.,
von vormittags 9 Uhr ab

im hiesigen **Amtsgerichts-Auktions-Lokale** meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Lichtenstein, am 15. Dezember 1891.

Der Konkursverwalter.

Hermann Schmidt,
Lokalrichter.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 17. Dezember.

Die zweite Beratung der Handelsverträge wird fortgesetzt. Artikel 15 des Vertrags mit Oesterreich regelt den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Staatsgebieten.

Abg. Graf **Ranik** (kons.) führt aus, daß durch das österreichische Refaktienwesen (Nachlaß am Frachtpreis) die deutschen Schutzzölle teilweise illusorisch gemacht würden. Der österreichischen Regierung werde es schwer fallen, das Refaktienwesen zu beschränken, da dasselbe in Oesterreich gesetzlich zugelassen und in mehreren Eisenbahn-Konzeptionen ausdrücklich gestattet sei, während das deutsche Gesetz dasselbe verbiete. Durch ein Reskript des österreichischen Finanzministers vom Jahre 1889 habe das Refaktienwesen einen neuen Impuls erhalten, indem den Eisenbahndirektionen zur Pflicht gemacht werde, durch Tarifregeln auf Hebung der Ausfuhr hinzuwirken. Artikel 15 werde in Ungarn so aufgefaßt, daß die bisherige Tarifpolitik im vollen Umfange fortbestehen solle. Es gehe das aus der zweifellos vom ungarischen Handelsminister **Baroz** verfaßten, dem ungarischen Unterhause zugegangenen Denkschrift über die Verträge hervor. Er habe darüber mit dem Eisenbahnminister von **Thielen** gesprochen, der ihm gesagt, daß unsere Gesetzgebung nicht gestatte, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, daß ein solcher Versuch nach Lage der Dinge auch ohne die gewünschte Wirkung sein würde. Der Vertrag werde in wenigen Tagen mit überwältigender Mehrheit von diesem Hause angenommen sein. Er wolle wenigstens noch rechtzeitig auf die Gefahren hinweisen, denen wir entgegengehen. Herr **Richter** sehe in seiner freisinnigen Zeitung den Wirkungen der Handelsverträge auch nicht so optimistisch entgegen als Herr **Richter**.

Abg. **Schrader** (freis.): Wenn durch das österreichische Refaktienwesen unsere Zollpolitik nichtig gemacht werden könne, wie Graf **Ranik** behauptete, so wäre das ja ein Grund mehr, diese Zollpolitik aufzugeben. Die Berner Konvention werde übrigens den internationalen Verkehr ausreichend vor dem Refaktien-Unwesen schützen. Ein großer Teil der österreichisch-ungarischen Bahnen befände sich bereits in Staatsverwaltung, andere gingen der Verstaatlichung entgegen. Man dürfe doch der österreichischen Regierung nicht die mala fides zutrauen, durch Refaktien die Wirkung ihrer vertragsmäßigen Zugeständnisse illusorisch machen zu wollen. Mit dem Handelsvertrage sei Alles das erreicht, was auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens überhaupt erreicht werden konnte. Im Allgemeinen hätte er gewünscht, daß unsererseits weitere Zugeständnisse gemacht worden wären, um weitere Zugeständnisse zu erlangen. Aber er würde mit seinen Freunden, wenn auch kühlen Herzens, den Verträgen zustimmen als erster Schritt auf der Bahn zur vollen Handelsfreiheit.

Abg. **Möller** (nl.): Die Eisenbahntariffrage sei in einer freien Kommission erörtert worden, nachdem seine Freunde gleichfalls Bedenken in dieser Beziehung gehabt. Nach der stattgefundenen Erörterung könne er aus § 15 keinen Grund zur Ablehnung der Verträge herleiten.

Abg. v. **Kardorff** (Rp.) teilt die Bedenken **Möller's**, gegen die geheime Refaktion schließe die Berner Konvention nicht. Wir befinden uns mit

dem jetzigen Tarife in einem Noche, der uns sehr gut paßt, und haben keine Lust, denselben gegen einen Paletot zu vertauschen, der uns nicht paßt.

Reichskanzler v. **Caprivi** erklärt, es sei ihm während seiner Amtsführung nie etwas vorgekommen, was sein volles Vertrauen zur österreichischen Regierung erschüttern könnte.

Abg. **Richter** (freis.) entgegnet dem Grafen **Ranik**, daß ihm die Zollermäßigungen des Vertrages noch nicht weit genug gingen, daß er aber das Bessere nicht den Feind des Guten sein lasse und das nehme, was er bekomme.

Abg. v. **Kardorff** verwahrt sich dagegen, die Vertragstreue der österreichischen Regierung bezweifelt zu haben.

Abg. **Meyer-Breslau** (freis.): v. **Kardorff** habe einen guten Gedanken gehabt: man solle den alten Paletot nicht früher loslassen, als man einen neuen besseren hat. Das würden nun auch die Freisinnigen beherzigen und die Handelsverträge in Erwartung weiterer Zollherabsetzungen annehmen. „Dank **Kardorff**, daß Du mich das Wort gelehrt!“ (Große Heiterkeit.)

Abg. v. **Kardorff**: „Der Katzenjammer wird schon folgen.“

Art. 15 wird angenommen.

Art. 24 bestimmt, daß der Vertrag am 1. Februar 1892 in Kraft treten soll.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Ant.) spricht sich gegen diesen frühen Termin aus. Durch denselben sei die überhastete Beratung der Verträge in diesem Hause veranlaßt worden. Es sei für Landwirtschaft und Industrie unmöglich, sich bis zum 1. Februar in die neuen Verhältnisse einzuarbeiten, und zwar umso weniger, als die neue Landgemeindevordnung und die neue Einkommensteuereinschätzung gleichfalls eine zeitraubende Einarbeitung erforderten. Mit diesen Konzessionen werde ein neuer Kurs eingeschlagen; das sollte man nicht so im Handumdrehen abmachen.

Abg. **Wisser** (wl.) erwidert, daß mit dem 1. Februar d. J. die bestehenden Verträge ablaufen.

Art. 24 wird angenommen, und damit der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn; ebenso die Viehschuldenkonvention zwischen Deutschland und Oesterreich. Es folgte deutsch-italienischer Handelsvertrag.

Abg. v. **Kardorff** bringt eine Beschwerde der Dresdener Kaufmannschaft darüber zur Sprache, daß in Oesterreich Materialwaren, die über gewisse Häfen eingeführt werden, Tarifvergünstigungen genießen. Er fragt, ob dies nach dem neuen Vertrag ferner gestattet sei und ob solche Vergünstigungen auch für italienische Häfen bestünden.

Geh. Rat v. **Huber** erwidert, daß solche Vergünstigungen nur für die österreichischen Häfen **Fiume** und **Triest** beständen und für diese auch aufrecht erhalten seien, aber nach den vorliegenden Verträgen nicht erweitert werden dürften. Auch in Deutschland bestünden für die Einfahrt zur See von **Salz** und **Dachschiefer** solche Vergünstigungen, die beibehalten seien. Im italienischen Verträge sei von solchen Vergünstigungen überhaupt nicht die Rede.

Abg. **Luz** (kons.) bedauert, daß die Viereinfuhr in Italien durch die dortige Verbrauchssteuer erschwert sei.

Geh. Rat **Huber** erwidert, daß an der autonomen Festsetzung inländischer Abgaben durch die Verträge nichts geändert sei, doch dürften deutsche

Biere in Italien nicht höher versteuert werden als dortige Biere.

Abg. **Freiherr v. Stauffenberg** (freis.) hätte gleichfalls gewünscht, daß man für die Biere bessere Eingangsbedingungen in Italien geschaffen hätte.

Abg. **Dr. Orterer** (Centr.) bittet ebenfalls um mögliche Beförderung der deutschen Bierausfuhr.

Der deutsch-italienische Vertrag wird mit dem dazugehörigen Tarif genehmigt, ebenso der deutsch-belgische Vertrag nach unwesentlicher Debatte.

Präsident v. **Levetzow** teilt mit, daß der Prinzessin **Friedrich Leopold** heute früh ein Sohn geboren ist und giebt der freudigen Teilnahme des Hauses an diesem Ereignis Ausdruck. Ferner spricht der Präsident dem Abg. **Dieben** (Centr.) die Glückwünsche des Präsidiums zu seinem 81. Geburtstag aus. Der Präsident schlägt dann als Tagesordnung für die morgige Sitzung erste bez. zweite Beratung der Patent- und Musterrechtskonvention mit Oesterreich und zahlreicher Petitionsberichte vor.

Abg. v. **Kardorff** (Rp.) beantragt mit Rücksicht auf den Wunsch der Regierung und die Majorität des Hauses, die Verträge noch vor Weihnachten erledigt zu sehen, die dritte Beratung der Verträge auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Abg. v. **Majow** (kons.) erklärt sich Namens derjenigen seiner politischen Freunde, welche Gegner der Vorlage sind, mit dem Antrag v. **Kardorff** einverstanden.

Der Antrag v. **Kardorff** wird gegen die 1 Stimme des Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** angenommen.

Tagesgeschichte.

* — **Lichtenstein**. Professor **Böning** aus **Dresden** hat im Saale zum **Goldnen Helm** hier am Sonntag und Dienstag seine Thätigkeit auf dem Gebiete der **Zauberei** entwickelt und zwar mit einem Geschick, mit einer Fertigkeit und Sicherheit, die Jedem frappieren muß. Sein Programm ist ein sehr reichhaltiges, seine Ausstattung des Theaters wie das ganze Arrangement sind geschmackvoll und elegant, von seinen Vorführungen verdient besonders die **Wachsprache** und die **Enthauptung** erwähnt zu werden, die die Zuschauer in Erstaunen setzten. Der Besuch war leider nur ein schwacher; vielleicht bekommt er heute Sonnabend und morgen Sonntag ein volles Haus.

* — Die 56. Ziehungsliste der Königl. Landeskultur-Rentenbank, Termin **Weihnachten 1891**, liegt in der Expedition dieses Blattes zur Einsichtnahme aus.

* — Man klagt fast ausnahmslos über den schlechten Gang des **Weihnachtsgeschäfts**. Noch kein Jahr hat in allen Branchen so geringer Umsatz stattgefunden, als in diesem Jahre. In allen Kreisen legt man sich bei den Einkäufen äußerste Reserve auf oder entnimmt die Waren auf Kredit. Mannigfach sind die Erklärungsgründe für den schwachen Absatz. Der Eine bringt denselben mit der ungünstigen Witterung, der Andere mit der Verteuerung aller Lebensmittel und den dadurch bedingten Beschränkungen in Zusammenhang. Viele Geschäfte, die in einem flotten Weihnachtsgeschäft noch einen Hoffnungsanker erblickten, werden nach **Neujahr** schwer zu laborieren haben.

* — Das im Grundbuche auf den Namen des **Strumpfwirker August Theodor Franke** eingetragene, ortsgerechtlich auf **9250 M.** — geschätzte Grundstück

! n

gend

gend

arbeit-

ieten

in.

roten

lberg.

mes

ch-

len